

# Irland

Nicholas Rees<sup>1</sup>

Die vergangenen vier Jahre stellten sowohl die Regierung, als auch die Bevölkerung Irlands angesichts der anhaltenden globalen und heimischen Wirtschaftskrise auf eine harte Probe. Die irische Koalitionsregierung wurde im Februar 2011 ins Amt gewählt. Sie besteht aus den beiden Parteien Fine Gael und Labour. *Taoiseach* (Premierminister der Republik Irland) ist Enda Kenny (Fine Gael). Die Koalition folgte der von Brian Cowen geführten Koalition aus Fianna Fáil und der Grünen Partei nach. Die Iren strömten in die Wahllokale (die Wahlbeteiligung lag bei 69,9%), um die neue Regierung zu wählen und somit die aus dem Amt scheidende Fianna-Fáil-Partei abzustrafen, die sie für die Wirtschaftskrise verantwortlich machten. In ihrem Wahlkampf versprach die neue Regierung, die Bedingungen neu auszuhandeln, die Irland zu erfüllen hatte, um den Rettungsschirm von EU und IWF in Anspruch nehmen zu können. Die neue Regierung war europafreundlich eingestellt. Diese Haltung spiegelte sich auch in der Mehrheit der irischen Bevölkerung wider.

## Die Antwort der Regierung auf die Wirtschaftskrise

Die Regierung konzentrierte sich darauf, die Probleme in Angriff zu nehmen, die sich aus der Wirtschaftskrise und der Verschuldung der Banken ergeben hatten. Seit 2008 war es immer wieder notwendig gewesen, die irischen Banken zu stützen, was dazu führte, dass viele der verbleibenden Banken und Bausparkassen verstaatlicht wurden. Im Jahr 2011 zählten hierzu die finanzielle Unterstützung der Bank of Ireland und die Fusion der Allied Irish Bank mit der Bausparkasse EBS, während man gleichzeitig versuchte, die Anglo Irish Bank und die Bausparkasse Irish Nationwide Building Society abzuwickeln. Nachdem die Zentralbank die Stresstests durchgeführt hatte, fiel Ende März 2011 die Entscheidung, den irischen Bankensektor ein fünftes Mal zu rekapitalisieren, was die Summe der für die Bankenrettung ausgegebenen öffentlichen Gelder auf insgesamt 70 Milliarden Euro erhöhte. Die jüngste Finanzierung stammt aus den Reserven der staatlichen Rentenversicherung, dem National Pension Reserve Fund. Zusätzlich musste die Regierung die Zustimmung der Europäischen Kommission einholen, um 700 Millionen Euro für die Unterstützung des irischen Versicherungsausgleichsfonds (Irish Insurance Compensation Fund) bereitzustellen und so den Allgemeinversicherer Quinn Insurance Limited umstrukturieren zu können. In diesem Kontext bemühte sich die Regierung um eine Neuaushandlung der gemäß des EU/IWF-Rettungsschirms zu zahlenden Zinsen. Sie sah sich auch gezwungen, die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit, Sozialschutz und Bildung zu kürzen, um die Auflagen der mit EU und IWF getroffenen Vereinbarung erfüllen zu können. Laut dieser Vereinbarung ist Irland verpflichtet, das Haushaltsdefizit bis 2015 auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts zu senken.

Die größte Sorge bereitete die Lage der irischen Binnenwirtschaft, die Arbeitslosigkeit auf historischem Höchststand und die wirtschaftliche Rezession.<sup>2</sup> Irlands heimische Wirt-

---

1 Übersetzt aus dem Englischen.

2 Siehe z.B. Fintan O'Toole, *Ship of Fools: How Stupidity and Corruption Sank the Celtic Tiger*, Faber & Faber 2010; Shane Ross, *The Bankers: How The Banks Brought Ireland to its Knees*, Penguin Ireland 2012.

schaftskrise wurde geschürt durch Immobilienblase, Bankenkrise und eine stetig steigende Privatverschuldung.<sup>3</sup> Die irische Wirtschaft bleibt weiterhin von einem hohen öffentlichen Schuldenstand im Vergleich zum BIP geprägt, einer Arbeitslosenquote von mehr als 14%, einer Auswanderungswelle auf Rekordniveau sowie der Sorge um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Als einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, der unter den europäischen Rettungsschirm flüchtete, musste Irland die Auflagen von IWF, EZB und EU erfüllen, wozu auch vierteljährliche Überprüfungen zählten. Es scheint jedoch, als sei es der Koalitionsregierung gelungen, die wirtschaftlichen Probleme durch die Einführung einer Reihe von strengen Haushaltsmaßnahmen, die Unterzeichnung des Croke-Park-Vertrags,<sup>4</sup> die Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage und die Gründung der National Asset Management Agency (NAMA) anzupacken, wenn auch nicht alle zu bewältigen. Auf EU-Ebene erkennt man inzwischen an, dass Irland durch Inangriffnahme der ökonomischen Probleme Verantwortung gezeigt und Fortschritte gemacht hat.<sup>5</sup>

Noch ist die Wirtschaftskrise in Irland nicht gänzlich überstanden. Die bisher von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Lage sind ein schwacher Trost für diejenigen, die mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben. Dennoch regte sich in der irischen Bevölkerung weit weniger Protest als in anderen europäischen Ländern. Zwar fanden von Angestellten im Öffentlichen Dienst, Landwirten und Studenten organisierte Demonstrationen statt, doch arteten diese Protestaktionen nicht in Gewalt aus und führten auch nicht zum Sturz der Regierung. Als Reaktion auf die Demonstrationen mäßigte die Regierung bei der Bevölkerung unbeliebte politische Maßnahmen und machte diese in Einzelfällen sogar rückgängig, wie etwa Ausgabenkürzungen im Gesundheits- und Bildungssektor. Den zwischen dem 15. und 18. Juli 2011 von Ipsos MRBI durchgeführten Meinungsumfragen zufolge, war ein beträchtlicher Teil der Befragten (50% vs. 38%) der Ansicht, dass Irland seine Souveränität verloren hat, als es die Hilfgelder von EU und IWF in Anspruch nahm. Trotzdem sind die Regierung und ein Großteil der irischen Bevölkerung der Überzeugung, dass die wirtschaftlichen Interessen und die Zukunft des Landes in der Europäischen Union liegen. Wie die Meinungsumfragen von Ipsos MRBI im gesamten Jahr 2011 erkennen lassen, herrscht in Irland deutlich die Ansicht vor (zwischen 65% und 68%), es sei besser für das Land, EU-Mitglied zu bleiben, als aus der Union auszutreten.

Hauptanliegen der irischen Regierung innerhalb der Europäischen Union war die Senkung der auf die Kredite von EU und IWF zu zahlenden Zinsen. Dieses Thema war regelmäßig Gegenstand der Besprechungen zwischen dem *Taoiseach* und anderen EU-Staats- und Regierungschefs, der EZB und der Europäischen Kommission. Auch innenpolitisch war und bleibt dieses Thema eine wichtige Zielsetzung. Auf europäischer Ebene erhielt Irland Lob und Rückhalt für seine Bereitschaft, die Schuldenkrise in Angriff zu nehmen und Sparmaßnahmen einzuführen. In ihrem Bericht „Ireland’s Economic Adjustment Programme“ vom Februar 2011 ist die Kommission beispielsweise der Ansicht, Irland habe die notwendigen

---

3 Siehe ausführlich die Berichte von Paul Nyberg: *Misjudging Risk. Causes of the Systematic Banking Crisis in Ireland* – Report of the Commission of Investigation into the Banking Sector in Ireland, 19. April 2011, [www.bankinginquiry.gov.ie](http://www.bankinginquiry.gov.ie) und Colm McCarthy: *Report of the Review Group on State Assets and Liabilities*, 20. April 2011, [www.finance.gov.ie/viewdoc.asp?Docid=6396](http://www.finance.gov.ie/viewdoc.asp?Docid=6396).

4 Das Croke-Park-Abkommen 2010-14 wurde von der irischen Regierung und dem Komitee des Gewerkschaftsdachverbands ICTU (zusammen mit der Nationalpolizei und den irischen Streitkräften) ausgehandelt. Darin verpflichten sich Angestellte und Führungskräfte im öffentlichen Dienst gemeinsam die Funktionsweisen des Staatsdienstes zu reformieren und Kosten einzusparen.

5 Für weiterführende Informationen zu den politischen Entwicklungen in Irland, siehe *Irish Political Studies (Data Yearbook)*, Bd. 27, Nr. 2, 2012.

Maßnahmen ergriffen, um die Weichen für eine Erholung der Wirtschaft zu stellen. Der Europäische Rat lobte im Juni 2011 Irland für sein Vorgehen. Diese Haltung steht im Gegensatz zur politischen und wirtschaftlichen Krise, die sich zeitgleich in Griechenland entwickelte. Nach ihrer dritten Überprüfung kam die aus EU, IWF und EZB bestehende Troika Mitte 2011 zu dem Schluss, die irische Regierung befände sich auf einem guten Weg, um die Auflagen des von EU und IWF gewährten Kredits zu erfüllen. Im September 2011 unterzeichneten die EU-Finanzminister eine Vereinbarung zur Senkung der von Irland zu zahlenden Zinsen, was die irische Regierung als bedeutenden Erfolg verbuchte. Auch José Manuel Barroso lobte im Oktober 2011 den *Taoiseach* dafür, wie sein Land das von EU und IWF auferlegte Programm umsetzte. Doch die Beziehungen zwischen Irland und der EU-Kommission verschlechterten sich im November, nachdem wichtige Details über die geplante irische Haushaltsreform durchgesickert waren, wie beispielsweise die geplante Mehrwertsteuerhöhung um 2%. Diese Informationen kamen bei einer Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages an die Öffentlichkeit. Nach dieser Enthüllung beschloss die Europäische Kommission, den EU-Mitgliedstaaten die Details der vierteljährlichen Berichte zur Lage der irischen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

### Ein weiteres Referendum in Irland

Im Dezember 2011 begann in den irischen Medien die Diskussion über die Möglichkeit eines weiteren Referendums, dieses Mal über die geplanten Änderungen des Lissabon-Vertrags. Am 30. Januar einigten sich 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten auf den Stabilitäts-pakt, Ende Februar kündigte die irische Regierung eine Volksabstimmung an. Am 2. März unterzeichneten 25 EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Irland, den „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“; daraufhin fielte Irland als einziges Land innerhalb der EU am 27. März den Beschluss, am 31. Mai ein Referendum über den Vertrag abzuhalten. Im Zeitraum von Januar bis April hielt das Komitee für EU-Angelegenheiten der *Oireachtas* 24 öffentliche Sitzungen ab, bei denen die Stimmen der Gegner und Befürworter des Vertrags gehört wurden. Am 20. April verabschiedete der *Dáil* (das Unterhaus des Parlaments) mit 93 zu 21 Stimmen die Gesetzesvorlage zur 30. Verfassungsänderung, die anschließend an den *Seanad* (das Oberhaus des Parlaments, auch Senat genannt) weitergeleitet wurde, welcher am 24. April ohne Abstimmung seine Zustimmung erteilte.<sup>6</sup> Die Gesetzesvorlage sah eine Änderung der irischen Verfassung vor, die es dem Staat erlaubt, den Vertrag zu ratifizieren.

Anfang Mai nahm der Kampf um die Wählerstimmen Fahrt auf, und sowohl die politischen Parteien als auch die Interessenverbände eröffneten offiziell ihren Wahlkampf zur Volksabstimmung.<sup>7</sup> Das Komitee für die Verfassungsänderung (*Referendum Commission*) startete seine Informationskampagne am 3. Mai. Sie plante unter anderem, eine 24-seitige Broschüre an zwei Millionen Haushalte in ganz Irland zu verschicken. Zu den Gegnern des Vertrags zählten die republikanische Partei Sinn Féin, die United Left Alliance (die Vereinigte Linke, bestehend u.a. aus der Sozialistischen Partei, der Workers and Unemployed Action Group, und der People Before Profit Alliance), die Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei Irlands, und eine Reihe von weiteren Verbänden, darunter auch einige Gewerkschaften (UNITE und Mandate) und die Bewegung Libertas. Auch die europaskeptische

6 Für weiterführende Informationen zum Wahlkampf der Volksabstimmung, siehe das Institute for International European Affairs. [www.iiea.com](http://www.iiea.com).

7 Für weiterführende Informationen, siehe [www.stabilitytreaty.ie](http://www.stabilitytreaty.ie) und die Referendum Commission [www.referendum2012.ie](http://www.referendum2012.ie).

Freedom and Democracy Group (Europäisches Parlament), deren stellvertretender Vorsitzender der Brite Nigel Farage (UK Independence Party) ist, läutete in Irland im Mai eine Kampagne gegen den Vertrag ein, bei der Flugblätter an jeden irischen Haushalt verteilt wurden. Zu den Befürwortern des Vertrags zählten die größten politischen Parteien (Fine Gael, Fianna Fáil und Labour) sowie eine Vielzahl an wirtschaftlichen Interessenverbänden wie die Irish Business Employers Confederation, Chambers Ireland, die Irish Farmers Association, einige Gewerkschaften (Communications Workers' Union, IMPACT und CPSU) und die Alliance for Ireland. Die Partei Fianna Fáil befürwortete zwar den Vertrag, beschuldigte die Regierung jedoch der Panikmache und warf ihr vor, sie suggeriere, Irland würde seinen Zugang zum Europäischen Stabilitätsmechanismus verlieren. Es kam innerhalb der Partei zu Unstimmigkeiten, als der Vertragsgegner Éamon Ó Cuív (Fianna Fáil) im März sein Amt als stellvertretender Parteivorsitzender niederlegte. Desweiteren reichte der unabhängige Abgeordnete des *Dáil*, Thomas Pringle, beim Europäischen Gerichtshof Klage ein; er behauptete, die irische Regierung nutze die Volksabstimmung als Rechtfertigung der Unterstützung eines weiteren ESM-Vertrags.

Im Gegensatz zu Volksabstimmungen zu den EU-Verträgen in der Vergangenheit waren die Positionen der beiden Lager dieses Mal in vielerlei Hinsicht klar herausgearbeitet und die Kernpunkte der irischen Bevölkerung verständlich vermittelt worden. Die Themen wurden von den politischen Parteien und deren Vorsitzenden diskutiert, und auch bekannte Kommentatoren meldeten sich in den Medien beherzt zu Wort. Spitzenpolitiker nahmen an Fernsehdebatten teil, wengleich der *Taoiseach* seine Teilnahme an einer Debatte ablehnte und es stattdessen vorzog, sich in einer einzigen Rundfunksendung und in Zeitungsartikeln an das Volk zu wenden.<sup>8</sup> Im Mai veröffentlichte Meinungsumfragen deuteten auf einen Vorsprung der Befürworter (53%) gegenüber den Gegnern (31%) hin.

Das Referendum fand am 31. Mai 2012 statt. 60,3% der Wähler sprachen sich für den Fiskalpakt aus und 39,7% dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,6%. Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses verkündete der *Taoiseach*, die irische Bevölkerung habe den Willen des Landes bekundet, seine wirtschaftlichen Probleme und Aufgaben zu meistern. Nach der Wahl wies der prominente Vertragsgegner Joe Higgins (Sozialistische Partei) auf die wachsende Kluft zwischen den Arbeitergemeinden hin, die den Vertrag ablehnten, und den ländlich-bäuerlichen und von der Mittelschicht geprägten Gegenden, die den Vertrag begrüßten.<sup>9</sup> Zwar zeugte das Wahlergebnis nicht von einer grenzenlosen Unterstützung für den Vertrag, doch deutete es darauf hin, dass der Fiskalpakt allgemein als die bessere Alternative erachtet wurde.

Nach der Volksabstimmung löste Irlands Schuldenkrise erneut Diskussionen und Spekulationen in den Medien aus. Unter anderem wurde berichtet, der *Taoiseach* habe nach einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel keine Senkung der Schuldenlast erwirken können. Im *Dáil* lehnte der *Taoiseach* eine Stellungnahme zum genauen Gesprächsinhalt ab und wies darauf hin, er habe sich auch mit den Premierministern Spaniens und Italiens sowie mit den Präsidenten Frankreichs, des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission über die Situation ausgetauscht. Eine weitere EU-Vertragsreform würde ein weiteres Referendums in Irland, mit all den damit verbundenen Unwägbarkeiten, bedeuten.

---

8 Der *Taoiseach* äußerte sich Ende Mai im öffentlichen irischen Rundfunk RTÉ und veröffentlichte eine Stellungnahme „Recovery is fragile and this is not the time to take risks“, in: *The Irish Times*, 28. Mai 2012.

9 Bruno Kaufmann: Irish Referendum: anger, fear and some hope, [www.euobserver.com](http://www.euobserver.com), 04. Juni 2012..